

# FORUM

Zeitschrift  
für Politik, Arbeit & Kultur  
der SP Uster

[www.forumonline.ch](http://www.forumonline.ch)

Nr. 218 November 2003

Kantonale Abstimmungen

## Verhältnis Kirche & Staat

P.P. Uster



# Inhalt

|                                                                      |    |
|----------------------------------------------------------------------|----|
| Das Ende der Koalition der Vernunft                                  | 3  |
| Rückblick auf die National- und Ständeratswahlen                     |    |
| Von Stefan Feldmann, SP-Kantonsrat, Uster                            |    |
| Die Steuerinitiative der SVP ist unverantwortlich                    | 4  |
| Kantonale Abstimmung: Verankerung des Steuerfussen in der Verfassung |    |
| Von Stefan Feldmann, SP-Kantonsrat, Uster                            |    |
| Raubzug auf die Gemeindekassen                                       | 5  |
| Kantonale Abstimmung: Abschaffung der Handänderungssteuer            |    |
| Von Stefan Feldmann, SP-Kantonsrat, Uster                            |    |
| Grundlegende Neuerung dringend nötig                                 | 6  |
| Kantonale Abstimmung: Verhältnis Kirche und Staat                    |    |
| Von Min Li Marti                                                     |    |
| Gott ist die Farbe des Passes ziemlich wurst                         | 7  |
| Kantonale Abstimmung: Verhältnis Kirche und Staat                    |    |
| Von Armin Rübel                                                      |    |
| Das Volk ist der Souverän, aber es darf trotzdem nicht alles         | 8  |
| Einbürgerungen an der Urne: SVP operiert mit falschen Behauptungen   |    |
| Von Stefan Feldmann, SP-Kantonsrat, Uster                            |    |
| Wird Rotkäppchen vom Wolf gefressen                                  | 9  |
| Die Genossenschaft Öpfelbaum wird zur AG                             |    |
| Von Patrik Eschle und Sonja Rütimann, Genossenschaft Öpfelbaum       |    |
| Er spannte Fäden, verknüpfte und bündelte ...                        | 10 |
| Zum Tod von Ruedi Vetterli                                           |    |
| Von Felix Müller                                                     |    |
| Abstimmungsparolen der SP Uster                                      | 11 |
| Zur Abstimmung vom 30. November                                      |    |
| Veranstaltungskalender                                               | 12 |

# Editorial



**E**s ist klar: In den nächsten Jahren wird sich viel um die Finanzen drehen. Die Finanzplanung des Kantons prognostiziert für die nächsten Jahre tiefrote Zahlen, ein hartes Sparprogramm liegt auf dem Tisch des Kantonsrates. Ein Programm, welches auch dadurch «spart», in dem es gewisse Aufgaben einfach auf die Gemeinden abwälzt. Kein Wunder hat da der mehrheitlich bürgerliche Ustermer Stadtrat keine Freude an einer ebenfalls bürgerlichen Volksinitiative, die die Abschaffung der Handänderungssteuer fordert. Für die Stadt Uster würde dies zu einem Steuerausfall von rund 2,5 Mio. Franken führen – ein Ausfall, welcher die Stadt Uster, der im nächsten Jahr ebenfalls ein happiges Defizit droht, nur schwer verkraften kann (vgl. Seite 5). Dies hat der Stadtrat in der Antwort auf eine SP-Anfrage im Gemeinderat klar und deutlich zum Ausdruck gebracht. Gut so!

**A**ber damit ist der Ustermer Stadtrat und insbesondere seine bürgerlichen Mitglieder noch nicht aus der Verantwortung entlassen, denn die drohenden Einnahmeausfällen, der Raubzug auf die Gemeindekassen, der zu erwartende Leistungsabbau fallen ja nicht einfach vom Himmel. Es sind die Folgen der Politik der beiden grossen bürgerlichen Parteien im Zürcher Kantonsrat. SVP und FDP haben mit ihrer unverantwortlichen Steuerfussenkung vom vergangenen Dezember das kantonale Sparpaket erst erzwungen. SVP und FDP haben im Kantonsrat die Volksinitiative zur Abschaffung der Handänderungssteuer unterstützt. SVP und FDP haben auch die höchste Progressions-Stufe für die Reichsten der Reichen aus dem Steuergesetz streichen wollen (was aber glücklicherweise im letzten Moment hat verhindert werden können).

**U**nd wie im Kanton, so geht es auch im Bund zu und her: SVP, FDP und CVP haben ein Steuerpaket geschmürt, welches bei den Gemeinden zu massiven Steuerausfällen führen wird. SVP, FDP und CVP wollen das aufgegleiste Sparpaket des Bundesrates noch weiter verschärfen, ein Sparpaket, welches die Gemeinden ebenfalls erneut hart treffen wird. Man kann mit Fug und Recht behaupten: Die bürgerlichen Parteien haben in der Finanzpolitik auf Bundes- und Kantonsebene zur Zeit jedes Augenmass verloren.

**U**nd darum dürfen es die bürgerlichen StadträtInnen nicht bei der Beantwortung einer Anfrage bleiben lassen. Sie müssen sich mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus anderen Gemeinden zusammentun, müssen ihr Gewicht in ihren Parteien geltend machen, müssen ihren Parteifreunden auf Kantons- und Bundesebene klar machen, was ihre Politik bei den Gemeinden anrichtet. Sie müssen sich dafür engagieren, dass in ihren Parteien wieder finanzpolitische Vernunft einkehrt. Damit wäre der Stadt Uster – und selbstredend auch den anderen Gemeinden – wesentlich besser gedient, als mit dem blossen Klagen über den Raubzug des «bösen» Kantons auf die Gemeindekassen.

Stefan Feldmann

## IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster  
www.forumonline.ch

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei  
Anschrift: FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1  
Auflage: 9600  
Abonnement: für 1 Jahr mindestens Fr. 30.– auf  
PC 80 – 13431 – 8  
Redaktion: Margrit Enderlin, Stefan Feldmann,  
Fredri Gut, Rolf Murbach,  
Layout: Fredri Gut  
Vertrieb: Stefan Feldmann  
Druck: Ropress Zürich  
Titelbild: Glasfenster/kath. Kirche Uster (Foto: F. Gut)

Rückblick auf die National- und Ständeratswahlen: Mittlere (Un-)Zufriedenheit

# Das Ende der Koalition der Vernunft

**Die Wahlen sind geschlagen, die Sieger stehen fest. Die Sieger feiern, die Verlierer lecken die Wunden. Die Aufregung ob des Wahlergebnisses ist gross: Die SVP fordert einen zweiten Bundesratsplatz, die CVP will ihre Position verteidigen, die Grünen wollen die SVP ersetzen. Darüber wird in den nächsten Tagen und Wochen viel zu lesen sein. Doch was bedeutet das Wahlergebnis für den Kanton Zürich? Und was für Uster?**

Von Stefan Feldmann

Auf dem Papier sieht das Resultat für die SP nicht so schlecht aus: Sie konnte ihren 10. Sitz halten, den sie bei den letzten Wahlen hauchdünn gewonnen hatte, die Zürcher Nationalratsdelegation ist dank den beiden grünen Sitzgewinnen sogar etwas linker und grüner geworden. Und dennoch: Ein etwas fahler Nachgeschmack bleibt. Es ist der SP nicht gelungen, den Schwung aus dem Wahlsieg im Frühling mitzunehmen: Sie stagniert mit ihrem Wähleranteil bei 26 Prozent. Waren die WahlhelferInnen nach ihrem Effort im Frühling zu erschöpft? Lag es daran, dass bei neun Bisherigen innerhalb der SP für viele nur wenig zu gewinnen war? Lag es daran, dass sich die SP-Basis für die «Wahllokomotive» Regine Aeppli mehr begeistern liess, als für Josef Estermann? Kurz nach den Wahlen sind noch viele Fragen offen, und dennoch lässt sich bereits jetzt für die Zukunft einige Schlüsse ziehen.

Das Kalkül der bürgerlichen Parteien ist bei den Ständeratswahlen mit dem Zweierticket Hofmann-Heberlein voll aufgegangen. Josef Estermann erzielte ein sehr gutes Resultat, ein Resultat, welches aber am Ende gegen den geeinten Bürgerblock nicht reichte. Auffallend – und etwas mit Sorge – ist dabei zu beobachten, dass der Kanton immer weiter auseinanderdriftet: In den Städten Zürich, Winterthur und Uster wurde Josef Estermann jeweils an die erste Stelle gesetzt. In Uster erreichten weder Hofmann noch Heberlein das absolute Mehr – das Vertrauen der UstermerInnen müssen sie sich also erst noch erarbeiten.

## Auswirkungen auf den Kanton Zürich

Das Comeback des Bürgerblocks bei den Ständeratswahlen hat auf die kantonalzürcherische Politik weitreichende Konsequenzen. In einem Interview mit dem «Tagess-Anzeiger» hat FDP-

Parteipräsident Ruedi Noser die «Koalition der Vernunft» mit der SP endgültig zu Grabe getragen. Zweifel sind angebracht, ob es der FDP gelingt, mit der Unterwerfung unter die Politik der SVP den «Turnaround» zu schaffen – aber es ist nicht an der SP, der FDP Ratschläge zu geben. Wir haben den Entscheid der FDP zur Kenntnis zu nehmen – und unsere Konsequenzen daraus zu ziehen. Und die lauten: Kein Schielen mehr zur FDP, in der Hoffnung, einen Kompromiss zu finden, sondern Schärfung des eigenen Profils, eine klare politische Sprache. Und dort wo nötig,

meinderatswahlen 2002 waren es 33 Prozent, bei den Kantonsratswahlen 2003 37 Prozent, jetzt sind es über 40 Prozent. Diese Zahl muss für die SP Uster nun die Marke sein, an welcher sie sich messen lassen muss. Sie muss ihre Politik so ausrichten, dass sie bei den nächsten Gemeinderatswahlen, dieses Wählerpotential möglichst gut ausschöpfen kann. Und das heisst, dass sie die Wünsche und Bedürfnisse der urbanen UstermerInnen konsequent vertritt: Tempo 30 flächendeckend in den Quartieren, Blockzeiten flächendeckend in allen Ustermer Schulen, fa-



*Der «Ustermer»  
Ständerat: SP-Kandidat  
Josef Estermann hat bei  
den Ständeratswahlen in  
Uster als einziger das  
absolute Mehr geschafft.*

die Entscheidung an der Urne suchen, wie uns das bei der EKZ-Privatisierung, den AHV/IV-Beihilfen oder den Krankenkassenprämien gelungen ist – und beim Sparpaket gelingen wird. Der Kampf der SP gegen egoistische Steuerfussenkungen, der Kampf gegen die »Politik der leeren Kassen« hat der SP im Frühling einen grossen Wahlerfolg beschert, daran müssen wir anknüpfen.

## Auswirkungen auf die Stadt Uster

Auf der Kantonsebene vollzieht sich nun das, was sich vor drei, vier Jahren bereits in Uster vollzogen hat, als sich die FDP ins finanzpolitische Mäuseloch zurückgezogen hat und zunehmend begann, gesellschaftliche Anliegen der Familien-, Verkehrs- und Umweltpolitik auf dem Steuerfussaltar zu opfern. Auch in Uster steht die SP alleine da – manchmal unterstützt von der EVP –, doch dank der fortschreitenden Urbanisierung Usters sind die Aussichten für sie dennoch nicht so schlecht.

Das links-grüne Lager hat in den letzten Urnengängen stetig hinzugewonnen: Bei den Ge-

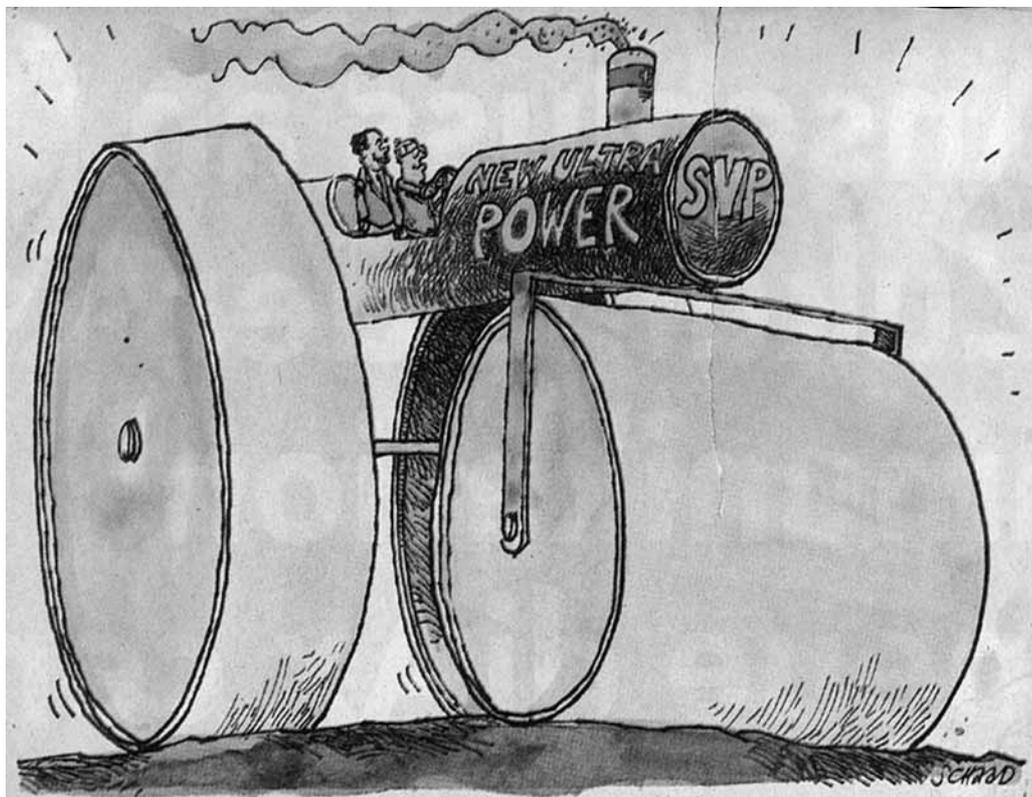
meinienergänzende Betreuung so, dass die Bedürfnisse abgedeckt werden können, ein reiches Kultur- und Sportleben, wie es zu einer Stadt gehört, keine Einschnitte ins soziale Netz, welche den sozialen Frieden gefährden, Erhalt der Naherholungsräume, Integration statt Ausgrenzung von MigrantInnen (die Liste «Second@s plus» erreichte in Uster immerhin 2,2 Prozent Wählerstimmen!). Und auch für Uster gilt: Wo wir für unsere Anliegen keine Mehrheiten im Gemeinderat finden, müssen wir die Entscheidung an der Urne suchen, mit Referenden und Initiativen.

## Drei Jahre, die genutzt sein wollen

Der anderthalbjährige Wahlmarathon liegt hinter uns, die nächsten Wahlen kommen erst im Jahre 2006. Diese Zeit muss die SP Uster nutzen, sie muss ihre Mitglieder-Basis im Kreise ihrer Wählerschaft verbreitern. Sie muss die programmatische Arbeit verstärken. Und sie muss mehr Präsenz in der Öffentlichkeit erreichen, durch Veranstaltungen, Kampagnen und Abstimmungskämpfe. Keine Zeit also, um auszuruhen – wir haben viel Arbeit vor uns.

## Kantonale Volksabstimmungen: Verankerung des Steuerfusses in der Verfassung

# Die Steuerinitiative der SVP ist unverantwortlich



«Ein geiles Gefühl! Aber kann das Ding auch etwas anderes als platt walzen?» (Bild: Schaad/TA)

**Die SVP will mit der Initiative «Mitsprache des Volkes in Steuerangelegenheiten» den Steuerfuss in der Verfassung verankern. Der Steuerfuss soll maximal 98 Prozent betragen. Das sind weitere zwei Prozent weniger, als dies im Moment der Fall ist. Was verlockend tönt, ist unverantwortlich. Indem ein maximaler Steuerfuss in der Verfassung festgeschrieben wird, wird der Handlungsspielraum der Regierung und des Kantonsrates vollkommen eingeschränkt. Weitere Sparpakete wären die Folge.**

Von Stefan Feldmann, Kantonsrat,  
Mitglied der Finanzkommission

Tagtäglich flattern zur Zeit Dutzende von Briefen in meinen Briefkasten: Der Lehrerkonvent von Bachs im Zürcher Unterland ist empört, dass im Bereich Bildung gespart werden soll, der Bauernverband schreibt mir, dass die Bauern auch ohne die geplanten Streichungen bei den Hangzulagen und den Sommerungsbeiträgen am Rande des Existenzminimums lebten, die Handar-

beitslehrerinnen aus Dürnten fürchten, dass ihr Fach noch ganz abgeschafft werde, und eine Gruppe von KünstlerInnen setzt sich für die Vorkurse an der Schule für Gestaltung ein. Die vielen Briefe sind die Folge des anstehenden Sparprogramms, welches durch die unverantwortliche Finanzpolitik der bürgerlichen Parteien ausgelöst worden ist. Doch das könnte erst der Anfang sein: Wird die SVP-Volksinitiative zur Verankerung des Steuerfusses in der Verfassung angenommen, so hat dies unweigerlich weitere Sparrunden zur Folge.

### Keine weiteren Steuerausfälle

Die SVP-Initiative verlangt, dass in der Verfassung festgeschrieben wird, dass der Steuerfuss nicht mehr als 98 Prozent der einfachen Staatssteuer sein darf. Seit vergangenem Dezember liegt er bei 100 Prozent, nachdem er innert dreier Jahre um total 8 Prozent gesenkt worden ist. Das Resultat sehen wir: Ein Sparpaket ist im Kantonsrat auf dem Tisch, das für die ganze Bevölkerung tiefe Einschnitte bringen wird. Die Klassengrößen müssen erhöht werden, die Qualität bei der Gesundheitsversorgung wird abgebaut, bei der öffentlichen Sicherheit wird gespart, der

Umweltschutz wird massiv zusammengestrichen, Projekte wie der Durchgangsbahnhof Löwenstrasse verzögern sich. Eine weitere Steuerfussenkung – wie sie die Initiative bringen würde – können wir uns im Moment schlicht nicht leisten.

### Handlungsspielraum erhalten

Steuern sind kein Selbstzweck, die der Staat einfach so und aus lauter Freude erhebt. Steuern werden erhoben, um die Leistungen des Staates, die er für die Bevölkerung erbringt, zu finanzieren: ein vorbildliches Schulsystem, eine gute Gesundheitsversorgung, ein ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz und vieles mehr. Es ist wichtig, dass der Kanton Zürich auf neue Herausforderungen reagieren und Investitionen tätigen kann, welche am Ende allen zu Gute kommen. Denken wir beispielsweise an die Gründung des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) und die Einführung der S-Bahn. Dadurch hat der Standort Zürich enorm gewonnen. Solche Grossprojekte wären bei einer Festschreibung des Steuerfusses in der Verfassung nicht mehr möglich, der Kanton Zürich wäre für lange Zeit in einer Spirale des Sparens gefangen.

### Unehrliche Initiative

Einmal mehr handelt es sich auch bei dieser SVP-Initiative um eine Mogelpackung: Sie gaukelt dem Volk vor, dass es mit der Verankerung des Steuerfusses in der Verfassung über die Höhe der Steuern entscheiden könne. Doch dies ist nicht der Fall: Die Höhe der Steuern wird durch den Steuerfuss und das Steuergesetz geregelt. Im Steuergesetz wird festgelegt, wie hoch die Steuern für die einzelnen Einkommen sind. Der Steuerfuss sagt am Ende nur noch aus, wieviel des im Steuergesetz genannten Betrages auch wirklich in Rechnung gestellt wird. Zwar wäre künftig der Steuerfuss fix vorgegeben, das Steuergesetz kann der Kantonsrat hingegen jederzeit ändern.

Ich bin nicht gegen tiefe Steuern. Aber ich sehe nicht ein, warum wir in einer Zeit, in welcher mit Sparmassnahmen schmerzhaft Einschnitte in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Umweltschutz gemacht werden, nochmals eine Steuersenkung – von welcher in erster Linie die Wohlhabenden profitieren – hinnehmen sollen. Darum gibt es am 30. November nur einen Entscheid: Nein zu dieser unverantwortlichen Steuerinitiative!

Kantonale Volksabstimmungen: Abschaffung der Handänderungssteuer – Ustermer Stadtrat ist dagegen

# Raubzug auf die Gemeindekassen

**Der Zürcher Hauseigentümerverband will mit einer Initiative, die den irreführenden Titel «Schluss mit der amtlichen Verteuerung des Wohnens» trägt, die Handänderungssteuer abschaffen, welche bislang beim Kauf oder Verkauf einer Liegenschaft gezahlt werden musste. Die Handänderungssteuer wird von den Gemeinden erhoben, ihre Abschaffung hätte für diese fatale Auswirkungen. Deshalb ist beispielsweise auch der mehrheitlich bürgerliche Ustermer Stadtrat gegen die Initiative.**

Von Stefan Feldmann, Kantonsrat,  
Mitglied der Finanzkommission

Mitte Oktober hat die Stadt Uster ihr Budget für das Jahr 2004 vorgestellt. Es sieht ein Defizit von rund 3 Mio. Franken vor. Und auch die weitere Finanzplanung zeigt nicht unbedingt schwarze Zahlen. Grund für diese schlechten Zahlen sind zum einen die voreiligen Steuerfussenkungen der vergangenen Jahre, zum anderen aber auch, dass die Gemeinden durch Entscheide auf Kantons- und auf Bundesebene immer mehr betroffen werden. Und jetzt soll auch noch die Handänderungssteuer fallen – mit drastischen Konsequenzen für die Gemeinden.

## Abschaffung kostet Uster 5 Steuerprozent

Die heute bei einem Besitzerwechsel fällige Handänderungssteuer ist sehr gering, sie beträgt etwas mehr 1 Prozent des Verkaufspreises und wird in der Regel hälftig von Käufer und Verkäufer getragen. Die geringe Steuer fällt bei der Berechnung der Wohnkosten kaum ins Gewicht, zu behaupten, dass die Handänderungssteuer die Mieten verteuere ist schlicht und einfach ein Märchen. Eine Abschaffung der Handänderungssteuer wäre nichts anderes als ein Steuergeschenk an die Wohneigentümer. Ein Steuergeschenk allerdings, welches die Gemeinden teuer zu stehen kommt.

Aufgrund zweier Anfragen aus der SP-Gemeinderatsfraktion hat der Ustermer Stadtrat errechnet, welche Auswirkungen die Abschaffung der Handänderungssteuer auf die Finanzen der Stadt Uster hätte. Im Durch-

schnitt nahm die Stadt Uster in den vergangenen Jahren rund 2,3 Mio. Franken pro Jahr an Handänderungssteuern ein. Dies entspricht rund 5 Steuerprozenten. Mit anderen Worten: Wird die Handänderungssteuer abgeschafft, so muss die Stadt Uster entweder jährlich 2,3 Millionen Franken einsparen – oder die Steuern um 5 Prozent erhöhen. In seiner Antwort auf den SP-Vorstoss schreibt der Stadtrat, dass er die Steuern nicht erhöhen möchte, dass er aber auch bezweifle, einen solch grossen Betrag sozialverträglich einsparen zu können. Aus diesem Grund ist der mehrheitlich aus Bürgerlichen bestehende Ustermer Stadtrat denn auch klar gegen die Abschaffung der Handänderungssteuer.

## Raubzug auf die Gemeindekassen

Doch die geplante Abschaffung der Handänderungssteuer ist nur ein Steinchen in einer Politik, die man mit Fug und Recht als «Raubzug auf die Gemeindekassen» bezeichnen könnte. Auf Bundes- und Kantonsebene

werden von den bürgerlichen FinanzpolitikerInnen immer mehr Entscheide durchgesetzt, welche sich auf die Haushalte der Städte und Gemeinden verheerend auswirken, denken wir an das kantonale Sparpaket oder an das Steuerpaket des Bundes, gegen welches die Kantone das Referendum ergriffen haben.

Auch hier hat die Finanzabteilung des Stadtrates gerechnet, die Konsequenzen sind erschreckend: Das kantonale Sparpaket kostet – je nachdem, wie es am Ende beschlossen wird – die Stadt Uster 3 bis 5 Steuerprozent und das Steuerpaket des Bundes nochmals 4 bis 5 Prozent. Zusammen mit den 5 Steuerprozenten bei einer Abschaffung der Handänderungssteuer macht dies für die Stadt Uster zwischen 12 und 15 Steuerprozent aus! Oder in Zahlen ausgedrückt: Die Stadt Uster verliert Steuereinnahmen von zwischen 5,4 Mio. und 6,7 Mio. Franken. Und da sind die Auswirkungen des angekündigten Sparpakets des Bundes noch nicht einmal mit eingerechnet...

## Sparmassnahmen drohen

Bei diesen Zahlen erstaunt es nicht, dass auch in der Stadt Uster ein Sparpaket droht. Durchgehende Blockzeiten, die Einführung von flächendeckenden Tempo 30-Zonen oder ein weiterer Ausbau der familienergänzenden Betreuung können die Ustermerinnen und Ustermer dann schlicht vergessen. Und dies alles wegen eines Steuergeschenkens an die HauseigentümerInnen? Da gibt es nur eine Antwort: Nein zur egoistischen Hauseigentümer-Initiative!



*Beim Raubzug auf die Gemeindekassen bleibt es nicht bei ein paar Münzen: Die Stadt Uster verliert Steuereinnahmen von zwischen 5,4 Mio. und 6,7 Mio. Franken.*

## Kantonale Abstimmungen: Verhältnis Kirche und Staat

# Grundlegende Neuerung dringend nötig

**Das Verhältnis zwischen dem Staat und der Kirche hat eine lange und komplizierte Geschichte. Im Jahre 1995 stimmten deshalb die Zürcher Stimmberechtigten darüber ab, ob Kirche und Staat vollständig getrennt werden sollen. Die vollständige Trennung wurde deutlich abgelehnt, eine Neuregelung des Verhältnisses von Kirche und Staat wurde notwendig. Unter Führung von SP-Regierungsrat Markus Notter wurde nun eine Vorlage ausgearbeitet, welche das Verhältnis neu regeln soll. Die Neuregelung kann – gerade aus sozialdemokratischer Sicht – als gelungen bezeichnet werden. Am 30. November stimmen wir in drei Abstimmungen über das «Jahrhundertwerk» ab.**

Von Min Li Marti

Die Vorlage zur Neuregelung des Verhältnisses von Kirche und Staat umfasst drei Teile, über welche getrennt abgestimmt wird. Die Verfassungsvorlage zur «Neuregelung des Verhältnisses zwischen Kirchen und Staat» setzt die folgende Grundsätze fest:

- Neben den bisher anerkannten Kirchen können weitere Religionsgemeinschaften Körperschaften des öffentlichen Rechts werden, d.h. auch die jüdische Gemeinde oder die griechisch-orthodoxe Kirche würden der reformierten und der katholischen Kirche gleichgestellt.
- Die anerkannten Kirchen bekommen eine weitgehende Autonomie, die auch das Stimm- und Wahlrecht einschliesst. Mit dieser Stimmrechtsautonomie erhalten sie das Recht, Mitgliedern ohne Schweizerpass, aber auch Jugendlichen, die Mitbestimmung in den kirchlichen Körperschaften zu gewähren. Diese Bestimmung ist logisch, weil es ja beispielsweise für die griechisch-orthodoxe Gemeinde wenig Sinn machen würde, sich staatlich anerkennen zu lassen, wenn darin aber die Mitglieder, welche nur einen griechischen Pass besitzen, nicht stimmberechtigt wären (mehr zur Stimmrechtsautonomie im Artikel nebenan).
- Die juristisch fragwürdigen «historischen Rechtstitel» werden gestrichen bzw. durch staatliche Beiträge abgelöst, die es den Kirchen ermöglichen, ihre Arbeit in den Bereichen Soziales, Bildung und Kultur im Interesse der Gesellschaft fortzuführen.
- Die Kirchensteuer der juristischen Personen wird auf Verfassungsstufe beibehalten.

Das Kirchengesetz und das Anerkennungsgesetz – Teil 2 und 3 der Abstimmung – regeln diese Grundsätze dann im Detail. Das Kirchengesetz vereinigt dabei die bisherigen Gesetze und Nebenerlasse für die drei bisher anerkannten Kirchen in einem einzigen Gesetz. Das Anerkennungsgesetz regelt die Voraussetzungen, die Formen und die Wirkungen der Anerkennung für weitere Religionsgemeinschaften. Die SP-Fraktion im Kantonsrat hat alle drei Vorlagen einstimmig gutgeheissen. Welches sind die Gründe dafür?

## Keine Privatisierung der Kirchen

Die Ablehnung der Trennung von Kirchen und Staat in der Abstimmung von 1995 war sehr deutlich. Die Stimmberechtigten haben klar gemacht, dass sie keine Privatisierung der Kirchen wollen. Die Kirchen sind im Volk nach wie vor stark verankert und tragen durch ihre sinnstiftende, wertevermittelnde und soziale Arbeit zur Integration unserer Gesellschaft und zum Gemeinwohl bei. Aus diesem Grund soll auch die Kirchensteuer für juristische Personen beibehalten werden, da auch Unternehmen vom kirchlichen Beitrag für die Integration unserer Gesellschaft und den sozialen Frieden profitieren.

## Anerkennung von weiterer Religionsgemeinschaften

Die Möglichkeit, weitere Religionsgemeinschaften anzuerkennen, ist zu unterstützen. Als erste Partei hat die SP dies bereits 1977 gefordert. Es ist nicht mehr zeitgemäss beispielsweise die Israelitische Cultusgemeinde oder die griechisch-orthodoxe Kirche gegenüber den vom Staat bislang anerkannten Kirchen zu benachteiligen. Indem der Staat die Integrationsleistungen auch anderer Religionsgemeinschaften honoriert, wird er seiner eigenen Integrationsaufgabe gerecht. Durch die Anerkennung unterwerfen sich die Religionsgemeinschaften zudem freiwillig einer teilweisen Kontrolle des Staates und anerkennen die demokratischen Spielregeln auch für ihre Gemeinschaft. Der Tendenz zum religiösen Fanatismus kann durch die Anerkennung vorgebeugt werden.

Mit einem Ja zu den drei Vorlagen zur Neuregelung des Verhältnisses von Kirche und Staat legen wir das Fundament für ein unverkrampftes Verhältnis zwischen diesen Institutionen, beheben Benachteiligungen Andersgläubiger und anerkennen die Leistungen der Kirchen in den Bereichen Soziales, Bildung und Kultur. Sie ist im Interesse aller, ob gläubig oder nicht.



Kantonale Abstimmungen: Verhältnis Kirche und Staat

# Gott ist die Farbe des Passes ziemlich wurst

**Ein von den Gegner der Neuregelung des Verhältnisses von Kirche und Staat hochgespieltes Thema ist das der Stimmrechtsautonomie der Kirchen. Die Kirchen sollen künftig selber entscheiden können, ob in kirchlichen Angelegenheiten wie bisher nur SchweizerInnen stimmberechtigt sein sollen, oder aber auch Kirchenmitglieder mit ausländischem Pass. Was wie ein revolutionärer Schritt anmutet, ist in der Tat gar keiner: Der Kanton Zürich ist der letzte Kanton in der Schweiz, welcher den Kirchen in dieser Frage Vorschriften macht.**

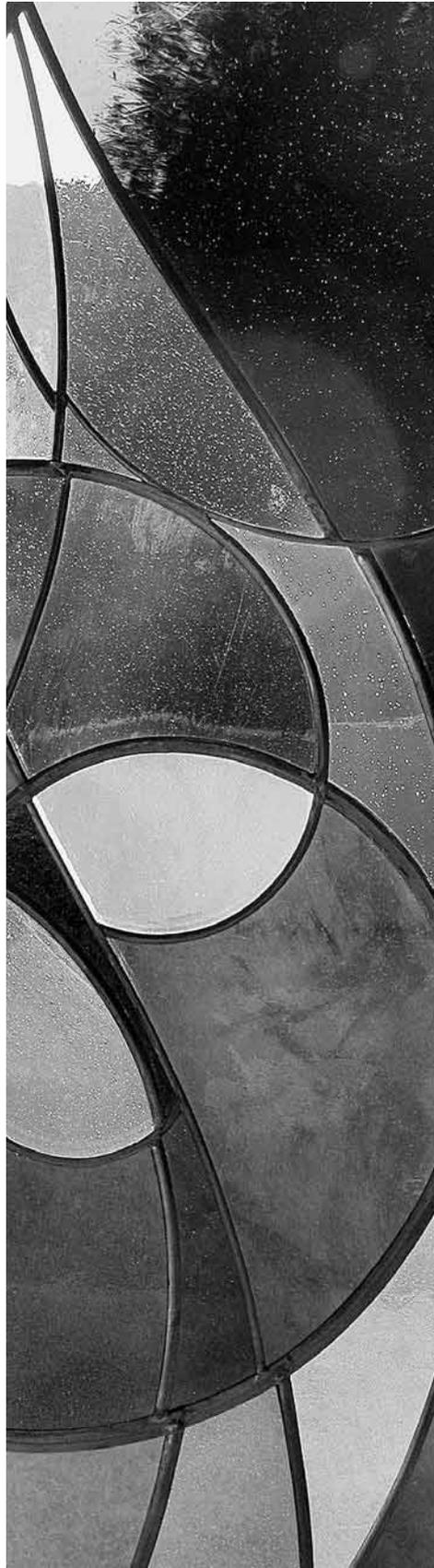
Von Armin Rübel

Es ist immer mal wieder ein Thema und es sorgt jedesmal für grosse Aufregung: das Stimm- und Wahlrecht für Menschen ohne Schweizer Pass. Bislang kennen ein solches Mitspracherecht von AusländerInnen nur die Kantone Jura und Neuenburg, überall sonst gilt: Mitreden darf nur, wer einen roten Pass vorzuweisen hat. Jetzt macht das «Gespenst» des Ausländerstimmrechts wieder die Runde. Die Kirchenvorlagen über welche wir am 30. November im Kanton Zürich abstimmen, öffne dem Ausländerstimmrecht Tür und Tor, argwöhnen die Gegner. Doch ist dem so? Eine nüchterne Betrachtung zeigt ein ganz anderes Bild.

## Kirchen sollen selber entscheiden

Als erstes gilt es, zwei Missverständnisse auszuräumen. Es geht in der Abstimmung vom 30. November nicht darum, das AusländerInnen-Stimmrecht in den Kirchen einzuführen. Es geht «nur» um die Entscheidung, ob wir es künftig den Kirchen überlassen wollen, selber zu entscheiden, wer in ihren innerkirchlichen Angelegenheiten mitreden darf.

Jetzt könnte man meinen, dies sei ein revolutionärer Schritt. Mitnichten: Der Kanton Zürich ist der einzige Kanton der Schweiz, welcher den Kirchen die Stimm- und Wahlrechtsautonomie bislang nicht gewährt hat. In allen anderen Kantonen können die kantonalen Kirchen schon heute selber entscheiden, ob sie das Stimmrecht auch Ausländerinnen und Ausländern zugestehen wollen. In einigen Kantonen – Bern, Luzern, Uri, Glarus, Graubünden, Tessin – haben sie dies getan, in anderen – Schwyz, Solothurn, St. Gallen – hingegen nicht.



## Keine Ausdehnung auf die Politik

Es geht – zweites auszuräumendes Missverständnis – in der Abstimmung vom 30. November auch nicht darum, einen ersten Schritt hin zum generellen Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen zu machen. Obwohl wie erwähnt in diversen Kantonen das AusländerInnen-Stimmrecht in kirchlichen Fragen eingeführt worden ist, so wurde dieses Stimmrecht in der Folge nicht nach und nach auf politische Fragen ausgedehnt. Nur die Kantone Jura und Neuenburg – und auf Gemeindeebene die Waadt – kennen das Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen. Es zeigt sich also, dass die Einführung des Stimmrechts für Menschen ohne Schweizer Pass für kirchliche Angelegenheiten nicht automatisch zum Stimmrecht in politischen Fragen führt. Diese Frage muss andernorts diskutiert und entschieden werden, mit den Kirchenvorlagen hat sie nichts zu tun.

## Ein praktischer Grund...

Die Stimmrechtsautonomie der Kirchen ist aus einem praktischen Grund notwendig: Sollte das Annerkennungs-Gesetz (siehe Artikel nebenan) gutgeheissen werden und sich andere Kirchen anerkennen lassen, so ist es wichtig, dass diese selber entscheiden können, wer bei ihnen stimmberechtigt ist. Nehmen wir als Beispiel die griechisch-orthodoxe Kirche: Wird sie als öffentlich-rechtliche Kirche anerkannt, dürfen aber nur die Mitglieder mit Schweizer Pass mitbestimmen, so ist der grösste Teil der Gemeindemitglieder – die GriechInnen ohne Schweizer Pass – von einer Mitsprache in ihrer Kirche ausgeschlossen. Absurd!

## ... und ein religiöser

Schliesslich gibt es aber auch religiöse Gründe für die Stimmrechtsautonomie in kirchlichen Angelegenheiten: Obwohl sie manchorts die Mehrheit der römisch-katholischen Gemeindemitglieder stellen, haben heute ItalienerInnen, SpanierInnen und PortugiesInnen kein Mitspracherecht, wenn es um die Wahl der Gemeindevorsteherchaft geht oder um den Bau einer neuen Kirche. Aus der Sicht eines gläubigen Menschen muss dies stossend sein, denn Gott dürften weltliche Dinge wie Staatsangehörigkeit oder Pässe – mit Verlaub – ziemlich wurst sein. Was zählt, ist das Glaubensbekenntnis, die Zugehörigkeit zur Kirche. Eine Zweiklassen-Kirche steht dem Selbstverständnis der christlichen Kirchen diametral entgegen.

Einbürgerungen an der Urne: SVP operiert mit falschen Behauptungen

# Das Volk ist der Souverän, aber es darf trotzdem nicht alles

**Kaum je ein Urteil des Bundesgerichts hat eine solche Flut von Artikeln, Stellungnahmen und Leserbriefen hervorgebracht, wie der kürzliche Entscheid zur Frage der Einbürgerungen. Allerdings wurde dabei – insbesondere von SVP-Vertretern – allzu oft mit Behauptungen operiert, die sich bei einer näheren Betrachtung als unhaltbar herausstellen. Fünf Behauptungen bedürfen einer Korrektur.**

Von Stefan Feldmann, SP-Kantonsrat, Uster

1. Die Bundesrichter sind parteiisch: Den Bundesrichtern wird vorgeworfen politisch, schlimmer noch, parteipolitisch entschieden zu haben. Meine Erfahrungen mit – vor allem kantonalen – Richterinnen und Richtern haben mir gezeigt, dass diese, egal welcher Partei sie angehören, in erster Linie als JuristInnen urteilen und politische Überlegungen weit, sehr weit hintanstellen. Den Bundesrichtern – immerhin die höchsten Richter unseres Landes – zu unterstellen, sie seien parteiisch, nur weil einem der Urteilspruch nicht passt, zeugt von wenig Respekt vor den Institutionen unseres Landes.
2. Einbürgerungen sind ein politischer Akt: Juristisch gesehen ist klar: Einbürgerungen sind ein Verwaltungsakt. Sie waren es schon bisher, denn es wird dabei Recht vollzogen und nicht Recht gemacht. Entscheidend im ganzen Einbürgerungsverfahren ist nicht der Einbürgerungsentscheid, sondern die Festsetzung der Bürgerrechtsverordnung, wie im Kanton Zürich jede Gemeinde eine hat. Hier wird festgelegt, wie lange ein Einbürgerungswilliger in der Schweiz wohnen muss, wie gut er Deutsch sprechen muss usw. usf. Hier kann, hier soll gestritten werden, denn diese Festlegungen sind in der Tat politischer Natur. Genauso wie ein Entscheid bei der Festsetzung des Zonenplans, wo festgelegt wird, ob in einem Gebiet

zwei- oder fünfstöckig gebaut werden darf. Als Bauwilliger dürfen sie danach aber zu recht davon ausgehen, dass ihr Baugesuch nach den aufgestellten Kriterien – und nur nach diesen – beurteilt wird und nicht einfach willkürlich und ohne Begründung abgelehnt wird. Gleiches gilt für Einbürgerungen

3. Das Volk ist der Souverän, es darf alles: Das Volk ist in der Tat der Souverän, aber es darf nicht alles. Es hat sich selber gewisse Grenzen gesetzt, durch die Anerkennung der Menschenrechte etwa oder durch die eigene Verfassung. Dass das Volk nicht alles darf, zeigt ein fiktives Beispiel: Ein Mann hat in seinem Dorf seine Mitmenschen vollständig gegen sich aufgebracht. Da wird an der Gemeindeversammlung der Antrag gestellt, der Mann sei am nächsten Baum aufzuknüpfen. Der Antrag wird in einer demokratischen Ab-

stimmung angenommen. Darf die Gemeindeversammlung dies? Darf das Volk alles, solange es demokratisch entscheidet? Es ist hoffentlich für alle einsichtig, dass ein solcher Entscheid nicht rechtens ist, auch wenn er auf absolut demokratische Art und Weise zustande gekommen ist. Ich will keinesfalls einen Lynchmord mit einer Einbürgerung gleichsetzen. Aber das Beispiel zeigt, dass die Behauptung, dass das Volk alles darf, solange es nur demokratisch entscheidet, in dieser Absolutheit nicht zu halten ist.

4. Nur das Volk kann entscheiden, wer das Bürgerrecht bekommen soll: Diese Haltung zeugt für mich von wenig Respekt vor der Demokratie. Vergessen wir nicht, dass sowohl Regierung und Parlament vom Volk demokratisch gewählt sind. Ich gehe davon aus, dass sich alle diese VolksvertreterInnen darum bemühen, ihre Aufgabe richtig und wahrhaftig zu erfüllen. Wer den VolksvertreterInnen die Integrität und Legitimität abspricht, spricht sie schlussendlich auch dem Volk ab, welche diese VolksvertreterInnen gewählt hat.

5. Das Schweizer Bürgerrecht wird verschleudert: Ich habe als Gemeinderat in der Stadt Uster während fünf Jahren der Bürgerrechtskommission angehört. Ich habe dabei erfahren, wie seriös sowohl der Stadtrat wie auch der Gemeinderat die Einbürgerungsgeschäfte jeweils vorbereitet hat. So seriös, dass man schon weitgehend von Doppelspurigkeiten sprechen kann und durch eine Vereinfachung des Verfahrens einiges an Sitzungsgeld einsparen könnte. Denken wir auch daran, dass beispielsweise alle in den USA geborenen Kinder automatisch das US-Bürgerrecht erhalten, egal welcher Herkunft ihre Eltern sind. Und die Amerikaner halten ihre Staatsbürgerschaft auch für die beste auf der Welt. Nein, von einer Verschleuderung des Schweizer Bürgerrechts kann im Kanton Zürich keine Rede sein.

Schweizer Pass  
Passeport suisse  
Passaporto svizzero  
Passaport svizzer  
Swiss passport



Die Geschossenschaft Öpfelbaum wird zu AG

# Wird Rotkäppchen vom Wolf gefressen?

**Das Shareholder-Virus stürmt auch die letzten Bastionen: Usters Bioladen an der Zentralstrasse, soll eine Aktiengesellschaft werden. Wie konnte so etwas passieren?**

Von Patrik Eschle und Sonja Rütimann, Genossenschaft Öpfelbaum

Der Öpfelbaum wurde 1987 als «Genossenschaft für organische Produkte» von einer Gruppe aus der Bewegung der Drittweltläden gegründet. Der Zweckartikel hat die Zeit überdauert: Der Verkauf von Produkten aus menschen-, tier- und naturgerechter Produktion.

## Frühgeschichte

Der Laden setzte 1992 bereits über 800'000 Franken um. Ein Umsatzeinbruch 1994 konnte durch Lohnkürzungen und Verkaufsschulung aufgefangen werden; 2002 verkauft der Öpfelbaum Waren für 1,4 Mio Franken. Das Personal – heute arbeiten vier Fachfrauen und wechselnde Aushilfen auf 4 vollen Stellen im Laden – hatte von Anfang an eine starke Stellung: zusammen mit dem Vorstand leitete es den Laden im Kollektiv.

Der Umsatz stieg, aber die Beteiligung der GenossenschaftlerInnen ging zurück. Die Generalversammlungen waren praktisch nur vom Pflichtpublikum besucht, 2001 waren vier Leute unter sich.

## Neuzeit

Die kollektive Führung erwies sich als schwerfällig und wurde 2001 aufgegeben. Wohl konnte ein Teil der Geschäftsführung der langjährigen Mitarbeiterin Sonja Ironson übergeben werden, der nebenamtliche Vorstand musste dennoch operative Aufgaben wahrnehmen. Die Zahl der Vorstandsmitglieder schrumpfte, 2002 waren Sonja Rütimann und Ueli Wilimann noch zu zweit. Vergeblich wurde Entlastung gesucht. Eine paradoxe Situation: Der Laden lief gut, die Kundschaft war zufrieden und trotzdem wurde daran gedacht, den «Öpfi» zu schliessen.

## Gegenwart

Vor einem Jahr rief der Vorstand deshalb um Hilfe: Neue Wurzeln für den Öpfelbaum – oder die Säge. Der Einladung ins Freizeit- und Jugendzentrum Frjz folgten einige Dutzend erschrockener KundInnen, GenossenschaftlerInnen und Lieferanten, ein unerwartet grosses Echo. Der Öpfelbaum sollte weiterleben, das war rasch klar. Eine Arbeitsgruppe präsentierte an der GV im Mai zwei Lösungen: Eine erneuerte Genossenschaft oder eine AG, beide mit gleicher Mindestbeteiligung und gleichem Zweckartikel. Die GV wählte auf Antrag des Vorstands die AG – sprang der Öpfelbaum damit freiwillig in den Schlund des Wolfs?

Kaum: Die Genossenschaft im Sinne einer Selbsthilfe entspricht nicht mehr der heutigen Situation; die AG erlaubt einen grösseren Handlungsspielraum; das Eigenkapital der AG steht wieder in einem vernünftigen Verhältnis zur Grösse des Ladens und gehört dem «Öpfi». Daneben gibt es wichtige immaterielle Effekte: Für Laden und Vorstand bedeutet das starke Echo eine Bestätigung, für die Genossenschaft und künftige AG eine Auffrischung der Mitgliederbasis. Der Vorstand konnte erweitert und damit entlastet werden.

8 Prozent der Aktien sind für das Personal reserviert und können zu einem symbolischen Preis gekauft werden. Mit diesen Aktien übt das Per-



*Keine Angst vor wilden Tieren.*

sonal 25 Prozent des Stimmrechts aus und bestimmt den Kurs des «Öpfi» mit. Es gibt noch freie Aktien à 200 Franken, mit denen man sich ein Stück Bioladen kaufen kann. Das Stimmrecht pro AktionärIn ist beschränkt auf 15 Prozent. Der Verwaltungsrat macht Gesichtskontrolle; ein bisschen bleiben wir eben doch ein geschlossener Club. Die Eröffnung feiern wir am 19. November ab 2015 im Frjz.

## Zukunft

Der Wechsel zur AG ist für die Beteiligten ein Anstoss, sich mit neuem Elan dem «Öpfi» zu widmen. Wir schauen ihn wieder von aussen an, ein bisschen stolz, aber auch kritisch. Wir besuchen andere Läden, finden dort Nachahmenswertes wie Farbe und Licht, schätzen Vorteile des Kollektivs gegen das Modell einer Geschäftsführung ab und denken über den Standort, die Erweiterung des Angebots und der Öffnungszeiten nach. Es bleibt der Balanceakt, sich als Bioladen mit Lokalbezug zu profilieren: Ist ein Bio-Salat aus Holland einem IP-Gemüse aus Uster vorzuziehen? Sind Erdnüsschen aus China sinnvoll, wenn dort damit ein Öko-Projekt gefördert werden kann?

Mitarbeit, Mitdenken oder ganz profan Geld sind immer willkommen. Wir sind erreichbar auf [www.oepfelbaum-uster.ch](http://www.oepfelbaum-uster.ch), unter [verwaltung@oepfelbaum-uster.ch](mailto:verwaltung@oepfelbaum-uster.ch) oder dem Natel von Sonja Rütimann 079 449 67 75. Und natürlich im Öpfelbaum selber – vor Wölfen braucht sich dort niemand zu fürchten.

## Zum Tode von Ruedi Vetterli

# Er spannte Fäden, verknüpfte und bündelte, auf der Suche nach der Gestaltung der Zukunft

**Am 23. April dieses Jahres ist Ruedi Vetterli im Alter von erst 55 Jahren gestorben. Knapp ein halbes Jahr zuvor hat er vom Arzt erfahren, dass er an einer fortgeschrittenen Krebserkrankung leide und nur noch wenige Wochen oder Monate leben werde. Sein Tod war für seine FreundInnen und Bekannten ein Schock, für die SP Uster ein riesiger Verlust. Der Versuch einer Würdigung.**

Von Felix Müller

Ruedi selber wollte dies vom Arzt so genau wie möglich wissen; er ist dem Gedanken an den Tod nie ausgewichen. Das ganze halbe Jahr hat er weiter gearbeitet und doch intensiver gelebt. Er freute sich über offene Gespräche mit zahlreichen Bekannten, die sich mit ihm verabreden wollten, Gespräche, die oft mehr Tiefe und Nähe zuliessen, weil sie den Gedanken an den Tod nie ausklammerten. Ruedi machte es im Gespräch seinem Gegenüber so leicht, mit der Situation zurecht zu kommen. Er war sehr präsent, unsentimental, tröstlich, dem Gegenüber voll zugewandt; er konnte viel geben. Gleichzeitig konnte er auch intensiver geniessen. Er selber erlebte diese Zeit als Bereicherung, ja als Erweiterung. Glücklicherweise war auch sein Allgemeinbefinden bis in die letzten Tages seines Lebens erstaunlich gut. Heiterkeit bewahrte er sich bis zum Tag seines selbstverantworteten Sterbens im Kreis der Familie.

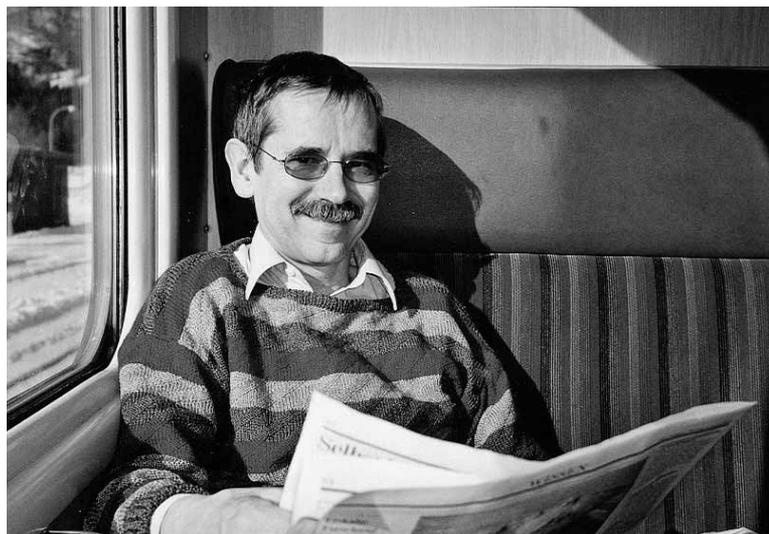
Die Krankheit kam für Ruedi insofern nicht ganz unerwartet, als er um eine erbliche Belastung wusste. Seine Jugend prägte die Erfahrung des Todes seines Vaters mit. Plötzlich musste er mit gut 16 Jahren die Sorge für die Familie mittragen, seine Mutter, die als Leiterin der Stadtbibliothek Uster berufstätig wurde, unterstützen und seinen zwei jüngeren Schwestern den Vater zu ersetzen suchen. Hinter seinem so früh erwachsenen ernsten, ruhigen, nüchternen und (selbst-)kritischen Ausdruck verbargen sich aber auch spielerische und leidenschaftliche Seiten. Ruedi liebte das Alleinsein, den Rückzug wie das freundschaftliche Zusammensein, das leidenschaftliche und existenzielle Gespräch wie das Lesen von Science fiction und später das Spielen von Strategiespielen. Wohltuend und belebend war es, wenn - etwa bei einem guten Glas - seine heiteren, witzig-kreativen und zugewandten

Seiten stärker hervortraten. Gegenüber falschen paternalistischen Formen von Autorität hatte der früh an Verantwortung Gewöhnte schon in der Schulzeit nur ein Lachen übrig.

Vielleicht lässt sich von diesen Jugenderfahrungen her auch Ruedi Vetterlis Politikverständnis besser verstehen. Bei allem tief sitzenden Pessimismus war er doch überzeugt von der Kritizierbarkeit und Veränderbarkeit schlechter Zustände, von der Möglichkeit kollektiver Sorge für die Schwächeren, von der pragmatischen Realisierbarkeit von Visionen und so von der Gestaltbarkeit der Zukunft im Sinne einer Politik, in die Menschen ohne Angst aber verantwortlich ihre Bedürfnisse einbringen können und sollen. Aus

Werte und Visionen wichtiger waren als nur Wahlerfolge, eine Sektion auch, in der Frauen bald mit gleichem Gewicht wie die Männer tätig waren, wie Ruedi sehr gern registrierte. Das politische Interesse prägte auch sein Geschichtsstudium. Seine Dissertation «Industriearbeit, Arbeiterbewusstsein und gewerkschaftliche Organisation. Dargestellt am Beispiel der Georg Fischer AG (1890-1930)» fand internationale Anerkennung.

Ruedi Vetterli hing nicht an Ämtern und repräsentativer Macht. 1982, mit 35, trat er nach 11 Jahren aus dem Gemeinderat zurück, während seine Lebenspartnerin, Heidi Witzig, nun in dieses Gremium gewählt wurde. Ruedi wirkte von 1983 bis 1991 im Vor-



*Vielen vermittelte Ruedi Vetterli gerade in den letzten Monaten seines Lebens eine seelische Präsenz, die uns über den Tod hinaus begleitet.*

einer «roten Zelle» in seiner Kantiklasse entwickelte sich nach 1968 die Juso Zürcher Oberland, für deren Zeitschrift Ruedi den doppelsinnigen Namen «Infrarot» erfand. 1970 trat er in die SP Uster ein, um über die Partei die Gesellschaft zu verändern. Ein Jahr später sass er als 24jähriger Student schon im Gemeinderat (ein Erfolg, den er selber auf den Bekanntheitsgrad seiner Mutter in Uster zurückführte). Mit seinen undiplomatisch vorgebrachten, kritischen, sachkundigen und oft gedanklich brillanten Bemerkungen brachte er bürgerliche Politiker ins Schwitzen und eckte manchmal auch in der eigenen Fraktion an. In der Partei bildete sich eine junge Gruppe, die dann zur Freude Ruedis und mit seiner Unterstützung rasch wuchs und gegen Ende der 70er Jahre zu jener jungen, linken und unbequemen SP-Sektion führte, der Ziele,

stand der Sektion mit, in einer Zeit, in der sich die SP Uster mit erfahrenen Politteams zur erfolgreich gestaltenden Kraft entwickelte. Er selber wurde nie Präsident, gestaltete lieber aus dem Hintergrund, wo er aber gerne in Sorge um die Partei und ihre Politik Fäden spann, verknüpfte und bündelte. Er entwickelte einen weitsichtigen Blick für das, was politisch anzupacken und was realisierbar war. Natürlich wurden seine Politikvorstellungen differenzierter - seine Grundwerte blieben. Konflikte trug Ruedi immer wieder aus, manchmal auch gern, mit scharfem Verstand, manchmal auch mit scharfen Worten; vor allem in jüngeren Jahren konnte er in der Auseinandersetzung hart, überheblich, unduldsam wirken. Umgekehrt verfügte er auch über das Talent, im Vorstand oder in der Sektionsversammlung das anzusprechen, was in der Luft lag,

worüber aber niemand zu reden wagte, auch wenn er zunächst allein stand. Darin konnte er beharrlich, ja nervig sein, aber sachbezogen, sehr ehrlich, nie destruktiv. Er liess Menschen neben sich aufkommen, freute sich an ihnen, förderte ihre Talente und trug zu einer menschlichen Parteikultur bei, die über das rein Politische hinaus ging. «Politik ist es nicht allein, was die Genossen zusammenhält. Ewas Spass ist erlaubt», schrieb er unter dem Titel «Lebenslust» in seinem witzigen historischen Sektionsrückblick für SP-Festschrift «Flintenweiber und rote Hunde». Besonders freute ihn, dass auch die nächste Generation in die SP Uster eintrat: «Sie ist schon da und nicht zu knapp. Stärker als je seit den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts, selbstbewusst und undogmatisch, wird sie (...) ihre eigenen Akzente setzen.»

Die Suche, Zukunft mitzugestalten, bestimmte auch Ruedis persönliches und berufliches Leben. So in der Bildung einer stabilen Wohngemeinschaft mit zwei Paaren als Kern mit je einem Kind, die so lange zusammenblieben, bis die Kinder flügge wurden, und die bis zu Ruedis Tod freundschaftlich verbunden blieben. Ruedi war hier nicht nur bestimmend im Aufstellen von Regeln des Zusammenlebens, er war auch einer der wenigen Männer dieser Generation, welche die Teilung von Hausarbeit und Kinderbetreuung zwischen Mann und Frau auch selbstverständlich realisierten. Die unsichere berufliche Perspektive einer akademischen Karriere verwarf der werdende Vater zugunsten der Möglichkeit, sich zum Spezialisten im Aufbau von EDV-gestützten Dokumentationszentralen zu entwickeln. Auch hier konnte und wollte er nicht den repräsentierenden Chef spielen, sondern scharte immer wieder verschworene Teams um sich, denen er viel Raum für Eigenaktivität zugestand.

Jetzt fehlt uns Ruedi. Seine zurückhaltende Herzlichkeit, sein zugewandtes Lächeln, sein feiner Humor, seine scharfe Analyse, seine Sorge, seine Widerrede, die Freude an der Auseinandersetzung über alles, was Realität und Möglichkeiten berührt, seine Kritik, seine Lebenslust. Aber Ruedi zeigte auch, dass der Tod nicht einfach ein grosses Loch ist. Vielen vermittelte er gerade in den letzten Monaten seines Lebens eine seelische Präsenz, die uns über den Tod hinaus begleitet.

Parolen für die Abstimmungen vom 30. November

### ABSTIMMUNGEN BUND

Keine Vorlagen

### ABSTIMMUNGEN KANTON

**JA zur Neuregelung des Verhältnisses zwischen Kirchen und Staat (Änderung der Kantonsverfassung)**

**JA zum Gesetz über die Anerkennung von Religionsgemeinschaften (Anerkennungsgesetz)**

**JA zum Kirchengesetz**

Weil mit der Neuregelung des Verhältnisses von Kirche und Staat die Diskriminierung Andersgläubiger aufgehoben wird, die Kirchen auch AusländerInnen und Jugendlichen das Stimmrecht gewähren können und die Leistungen der Kirche in den Bereichen Bildung, Kultur und Soziales anerkannt wird (lesen Sie dazu Seite 6/7).

**JA zum Gesetz für ein Polizei- und Justizzentrum Zürich**

Weil so Polizei und Justiz wieder zeitgemässe Arbeitsbedingungen erhalten und auf dem Kasernen-Areal etwas Neues entstehen kann.

**JA zum Gesetz über die Teilrevision der Strafprozessgesetzgebung**

Weil die Strafprozessordnung so dem neuen Bundesrecht angepasst wird.

**JA zur Kantonsverfassung (Änderung; Aufgabenteilung Kanton/Gemeinden)**

Weil so die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden teilweise entflechtet wird.

**STIMMFREIGABE zum Gesundheitsgesetz (Änderung; Abgabe von Medikamenten)**

Weil es für beide Seiten gute Argumente gibt. Die BefürworterInnen meinen, dass der Arzt, der Medikamente verschreibt, diese nicht auch noch verkaufen sollte, weil dass die Gesundheitskosten weiter in die Höhe schreibt. Die GegnerInnen meinen, dass es für die PatientInnen praktischer ist, das verschriebene Medikament gleich beim Arzt zu erhalten, anstatt noch in die Apotheke gehen zu müssen.

**NEIN zur SVP-Volksinitiative «Mitspracherecht des Volkes in Steuerangelegenheiten» (Festlegung des Steuerfusses in der Verfassung)**

Weil die Initiative dem Kanton jeglichen Handlungsspielraum nimmt und weitere Sparmassnahmen unumgänglich macht (lesen Sie dazu Seite 4).

**NEIN zur Volksinitiative «Schluss mit amtlicher Verteuerung der Wohnkosten für Mieter und Eigentümer» (Abschaffung Handänderungssteuer)**

Weil die Initiative bei den Gemeinden zu massiven Steuerausfällen führt (in Uster 2,3 Mio. Franken) und somit schmerzhaft Sparmassnahmen in den Bereichen Bildung, Soziales oder Verkehr auch auf Gemeindeebene nötig wären (lesen Sie dazu Seite 5).

### ABSTIMMUNG GEMEINDE

Keine Vorlagen

# Veranstaltungskalender

## 13.11. Konzert – Another Fine Mess

Tutilo Odermatt Pianist mit Amateurstatus und Profineiveau einer der ausgezeichneten Musiker dem Jazzclub Uster verbunden, ebenfalls seit den sechziger Jahren, bringt seine derzeitige Wunschband nach Uster in der sich die Jungen mit den Älteren treffen.

Manchem Zuhörer mag das fomidabel vorgetragene Lush Life anlässlich unserer Flügel-einweihung am 14. September 1989 im alten Containnerclub noch in Erinnerung sein.

Wer die Gelegenheit hat sollte sich auch einige Witze aus Tutilos Repertoire erzählen lassen.

Another Fine Mess : Daniel Baschnagel tp, Isla Eckinger tb, Denis Haas ts, Tutilo Odermatt p, Peter Gossweiler b, Plus Baschnagel dr

20.30 Uhr MusicContainer

## 22.11. King Size Swing & JC Trio

Konzert 1 ab 18:30 Die Gründergeneration des Jazzclub Uster immer noch schwer im Saft holen sich einen der besten Tenosaxofonisten auf die Bühne und legen los an unserem Jubiläumsfest.

20.00 Uhr MusikContainer, Uster

## 27.11. PETERSSON UND FINDUS

15.30 h im Qbus

von a. h. kaminski und t. jansson ,  
D 72' ab 4 jahren

Der alte Kauz Pettersson ermahnt eines Tage seinen drolligen Kater Findus, in Zukunft doch etwas ordentlicher zu sein. Daraufhin entschließt sich Findus, dem König einen Brief zu schreiben, mit der Bitte, Pettersson zu überzeugen, daß kleine Katzen auf keinen Fall Ordnung halten müssen. Während Findus auf eine Antwort des Königs wartet, bekommen er und Pettersson wundersamen Besuch von einer lauten, hungrigen Maus, einem coolen Tiger, Hühnern aus dem Weltall (!) und einem längst vergessenen Verwandten.



FORUM-TIP

## 28.11. PETERSSON UND FINDUS

15.30 h im Qbus (siehe oben)

## 30.11. Abstimmungwochenende

Weitere Informationen auch auf [www.sp-uster.ch](http://www.sp-uster.ch) und [www.forumonline.ch](http://www.forumonline.ch)

## 04.12. Konzert – George Robert Quartet

Im Frühjahr 1989 rief mich ein junger Mann an der sich zuerst nach meinen Sprachkenntnissen erkundigte – französisch oder englisch – also dann doch lieber englisch und mir erklärte er sei Schweizer und Berufsmusiker und dabei eine Tournée zusammenzustellen.

## 07.12. KUfKI – Dornröschen

Vor Zeiten waren ein König und eine Königin, die sprachen jeden Tag: «Ach, wenn wir doch nur ein Kind hätten!» und kriegten trotzdem keins...

11.00 Uhr Schulanlage Pünt, Uster



FORUM-TIP

## 10.12. pam!-3: - s t r ø m -

pam! - Eine Konzertreihe mit neuer Musik im QBus Uster (eine audio-visuelle improvisation) mit gaudenz badrutt, synth, electronics, christian müller, bas-sclar. electronics, christoph lanz, video  
20.30 Uhr Uster, Qbus, Braschlergasse  
die bieler band < s t r ø m > unterstützt von drei oszillatoren, einer bassklarinetten, einem beamer und diverser elektronik - laden zu einem gerührten cocktail on the rocks, gemischt aus elektronischen soundflächen, experimentellem rock und



FORUM-TIP

deftigen klangtiraden, garniert mit einer prise pipigem rosarauschen. improvisierend überwinden sie leichtfüßig frequenzstürze und chaotische obertonansammlungen und brauen so eine musik zusammen, die ebenso von facettenreichen flächen wie auch von schrägen grooves, die ebenso von minimalen klangschichtungen wie von brachialen ausbrüchen lebt. und so erklingt denn ein doppelbödiges klanggebäude der elektro-akustischen art, das mal wie ein soundtrack zu einem nie gesehenen sci-fi-film, mal wie ein abfahrendes oder auch abgefahrenes klanggewitter daherkommt.

Weitere Infos unter [www.pam.nu](http://www.pam.nu)

## 11.12. KonzertThierry Lang Quartet

Basel ist eine Stadt mit grosser Trommeltradition. So ist es nicht weiter überraschend, dass sich Peter Schmidlin, Basler von Geburt und aus Ueberzeugung, entschloss, Schlagzeuger zu werden. Was er bis auf den heutigen Tag geblieben ist, mehr noch, man kennt ihn als einen der besten Drummer in Europa.

20.30 Uhr MusicContainer, Uster

## 04.01 KUfKI – Sternenkind

Die Geschichte einer Freundschaft zwischen dem Sternenkind und einem kleinen Maulwurf.



## 01.02. KUfKI – Mirko, das Borstenkind

Stück für Schülerinnen & Schüler ab 1. Klasse  
Die Geschichte des Borstenkindes Mirko, einem kleinen Prinzen in der Haut eines Schweinchens, der von zwei Waldleuten aufgezogen wird.  
17.00 Uhr Schulanlage Pünt, Uster

## 01.02. Der dicke, fette Pfannkuchen

Ein süddeutsches Märchen (KufKI)  
Es waren einmal drei Frauen, die wollten gerne Pfannkuchen essen. Doch als dieser in der Pfanne gerade so schön dick aufgegangen war, da drehte er sich um, sprang aus der Pfanne und rollte kantippen, kantapper die Strasse runter....  
11.00 Uhr Schulanlage Pünt

## 11.02. pam!-4: COOLHAVEN (NL)

performance rotterdam  
20.30 Uhr Qbus Uster  
Weitere Infos unter [www.pam.nu](http://www.pam.nu)



FORUM-TIP

ERNESTO W. VOEGELI

## FOTOGRAFIE

AATHALSTRASSE 85A, CH-8610 USTER

TEL. 01 940 69 17, MOBIL 079 233 99 00

Inserat



Inserat

Bioladen Genossenschaft Zentralstrasse 18, Uster

Öffnungszeiten:

|         |                       |             |
|---------|-----------------------|-------------|
| Montag  | vormittag geschlossen | 14.00–18.30 |
| Di–Fr   | 9.00–12.30            | 14.00–18.30 |
| Samstag | 9.00 durchgehend bis  | 16.00       |

Geburtstagsfest AG am 19.11.2003 mit zapzarap im frjz  
Weitere Infos unter [www.oepfelbaum-uster.ch](http://www.oepfelbaum-uster.ch)

# «Soggetti a rischio»

## Assegnato il premio per la cultura di Uster all'AVIS

Valerio Modolo

La città di Uster ha assegnato il premio per la cultura di quest'anno all'AVIS (Associazione Volontari Italiani Sangue) per l'impegno avuto nel promuovere la cultura organizzando ogni anno un concerto di musica classica a Uster, per il ruolo sociale che svolgono i donatori del sangue e per il contributo che danno all'integrazione.

Ci fa molto piacere che questo premio venga assegnato ad una associazione italiana e ci congratuliamo con i 240 membri che ne fanno parte e con il loro presidente che è sempre stato molto attivo, anche nel promuovere la cultura culinaria italiana.

Questo premio viene assegnato dalla città di Uster dal 1989 e come si può notare, dà un'interpretazione della cultura in senso molto ampio.

È in questo contesto che pur riconoscendo all'AVIS tutti i meriti per il ruolo importante che svolge, siamo del parere che altre associazioni che svolgono a Uster da decenni attività sociali e culturali e che danno un contributo all'integrazione potevano anch'esse essere prese in considerazione.

Ce ne rammarichiamo che non sia successo, ma accettiamo con piacere che sia stata premiata la promulgazione della cultura italiana.

**Cari soci e connazionali, con questo strano titolo sicuramente vi starete chiedendo questo articolo che cosa voglia significare. E bene, effettivamente non voglio sollevare nessuna polemica come anche non fare una nuova scoperta, bensì cercare di sensibilizzare il sapere e l'informazione di tutti voi.**

Per LA CLI USTER – Italo Conte

### «Concessioni governative per passaporti»

Sapete cheda molti anni tra coloro che possiedono il passaporto italiano ce ne sono alcuni che devono pagare la cosiddetta tassa governativa, o meglio le «Concessioni governative per passaporti», Euro 30.99? Questo è un fatto che colpisce i cosiddetti «soggetti a rischio».

Sarebbe a dire: Gli Italiani nati in Svizzera della seconda generazione e quelli che hanno un posto di lavoro come impiegati sono obbligati a pagare questa tassa governativa. Mentre coloro che svolgono un lavoro come manovali o che sono stati costretti a trovare lavoro in Svizzera sono esenti da questa tassa.

### Multato chi non ha la marca da bollo

Il tutto colpisce un po' quando ci si confronta con amici passando la Dogana. Proprio così, mentre

andavo un fine settimana a Merano, al valico di frontiera i passaporti sono stati controllati come di consueto, ma la sorpresa è stata che alcuni di noi potevano andare avanti mentre altri dovevano rimanere sul posto e andare in ufficio. La sorpresa è stata di essere multati, o meglio di ricevere un verbale, perché il passaporto era esente dalla marca da bollo governativa. Proprio in questo momento uno cerca di mettere a confronto i passaporti di noi cittadini italiani e si rende conto che qualcosa non coincide.

Effettivamente o sfortunatamente io ero uno di quei «soggetti a rischio» solo perché svolgo un lavoro come dipendente, mentre i miei amici che svolgono un tipo di lavoro da manovale e magari hanno un guadagno molto superiore al mio, loro erano esenti della tassa. A questo punto io mi chiedo: Cosa ho fatto di sbagliato se mi trovo in Svizzera per lavoro come tutti i miei connazionali però ho scelto un mestiere diverso? Allora, siamo Italiani che vivono all'estero o emigranti che si trovano all'estero? A voi la risposta. Vi faccio notare che il medesimo rischio lo corre il cittadino svizzero con passaporto italiano.

### Schiarimenti tramite la CLI

Per ulteriori informazioni vi consiglio di consultarvi con il nostro agente consolare a USTER, Sig. Salvatore Turrisi, presso la sede della CLI a Uster il mercoledì sera dalle ore 20:00 alle 22:00. Sono sicuro che vi saprà consigliare nel modo più corretto. Pregherei il Consolato Italiano che quando sono consegnati o rinnovati i passaporti sia rilasciato insieme al passaporto un dépliant per informare i nostri connazionali sulla tassa da pagare per le «Concessioni governative per passaporti». Annuale!!! Comunque vi posso confermare di persona che con il passaporto Italiano quando si viaggia per il mondo siamo ben serviti.



*Gli Italiani nati in Svizzera della seconda generazione e quelli che hanno un posto di lavoro come impiegati sono obbligati a pagare questa tassa governativa.*

# Sessantesimo della Federazione delle Colonie Libere

**Quest' anno ricorre il sessantesimo anniversario della nostra Federazione. È passato molto tempo da quel lontano 21 novembre 1943, quando per raggruppare le varie colonie libere che si chiamavano con diversi nomi, fu fondata la Federazione delle Colonie Libere in Svizzera. Ancora oggi le Colonie Libere sono per la loro struttura, per il loro impegno e per le attività che svolgono un particolare tipo di organizzazione che esiste solo in Svizzera e non trova nessun riscontro in altri paesi.**

---

Valerio Modolo

---

## Tempi duri

Erano tempi duri. Fino agli anni sessanta era difficile e rischioso fare attività politiche in Svizzera. Nonostante questi problemi, le Colonie Libere si sono moltiplicate e diffuse in tutto il territorio elvetico, svolgendo varie attività, sportive con generalmente una squadra di calcio, o sociali in favore dei connazionali. Una delle prime battaglie fu la raccolta di firme per il passaporto gratuito per chi veniva in Svizzera a svolgere una attività lucrativa. Una conquista di cui ancora oggi si può usufruire. Molti attivisti hanno rischiato allora l'espulsione dalla Svizzera quando raccoglievano le firme.

## Gli anni sessanta

Con gli anni sessanta fummo confrontati con le iniziative xenofobe di Schwarzenbach prima e dell' Azione Nazionale poi. I rapporti tra gli italiani e la popolazione svizzera erano difficili e queste iniziative antistranieri, non contribuivano certo a migliorare la convivenza, ma creavano un clima di tensione e preoccupazione. Le Colonie libere erano allora una delle pochissime associazioni attive in Svizzera, gran parte degli italiani si identificava con esse, e c'era molta più unione e solidarietà tra i nostri connazionali rispetto ad oggi.

## Gli anni settanta

Negli anni settanta la nostra Federazione aveva stipulato un accordo per gestire un collettivo della cassa malati. Era un' attività molto importante, non solo perché era per molte colonie un sostegno finanziario, ma perché offriva ai nostri connazionali un servizio e una consulenza molto importante in italiano che per molti era l' unica lingua comprensibile. Inoltre grazie al nostro impegno fu allora possibile assicurare qui in Svizzera i propri famigliari residenti in Italia.

## I comitati genitori

Era anche questo un periodo difficile, molti figli di connazionali avevano problemi linguistici, di conseguenza avevano grosse difficoltà ad inserirsi nella scuola svizzera. Sotto la spinta delle Colonie Libere sono nati i primi comitati genitori, che si impegnavano soprattutto sulle questioni scolastiche, informando, coinvolgendo e motivando i genitori. A Uster, grazie alla tenacia degli attivisti della colonia, alle serate informative partecipavano ogni volta 300-400 persone. Fu allora che grazie alla Federazione delle colonie libere, nacque a Zurigo, il primo centro informazioni scolastiche che aveva a disposizione uno psicologo a cui si potevano rivolgere gratuitamente tutti i genitori con i figli che avevano problemi scolastici o di inserimento. Questo centro è ancora attivo tuttoggi a Zurigo, sotto il nome «Centro scuola e famiglia».

## La lotta continua

Nel frattempo cominciavano ad essere attive altre associazioni, ma il punto di riferimento erano sempre le Colonie Libere. Furono sempre le più attive nella difesa dei diritti dei connazionali. Ricordiamo

- la continua rivendicazione dell'abolizione dello statuto dello stagionale,
- le continue pressioni verso il governo svizzero e quello italiano che portarono alla stipulazione degli accordi bilaterali in materia dei diritti previdenziali,
- la libera circolazione delle persone e la parità di trattamento tra cittadini svizzeri e italiani.

Ci sono ancora diversi fatti che hanno segnato la storia delle Colonie libere. Non starò ad elencarli tutti ma ricorderò solo un avvenimento molto importante per la Colonia libera di Uster. Ricorre al 1987 quando a Uster sotto la spinta della Colonia Libera è stata lanciata la prima petizione nella Svizzera tedesca per il diritto di voto agli stranieri a livello comunale. È stato un momento di grande impegno, conferenza stampa per il lancio, contatto con i partiti di governo svizzeri, coinvolgimento delle altre associazioni italiane e straniere, raccolta delle firme e nuova conferenza stampa quando fu consegnata la petizione. Dopo di noi molte altre Colonie hanno portato avanti questa richiesta. Anche se non abbiamo avuto successo, queste petizioni sono servite a sensibilizzare l'opinione svizzera sui nostri problemi.

## Il ruolo futuro

La Federazione delle Colonie Libere ricorda questo sessantesimo con una mostra itinerante, un libro fotografico sulla storia delle Colonie e una grande festa che si è tenuta a Basilea il 12-13-14 settembre con concerti, dibattiti sui temi attuali, fiera mercato di espositori italiani, sfilate di moda e cultura gastronomica. Questo è stato anche un momento di incontro con la popolazione indigena. Anche se nei vari interventi degli ospiti presenti, fu riconosciuto il ruolo importante e determinante della nostra organizzazione, il 60.mo dovrà essere anche un momento di riflessione sul ruolo futuro delle Colonie Libere. C'è soprattutto la necessità di rinnovarsi ed adattarsi alle esigenze di questa società che è in continuo cambiamento. Se riusciremo a fare questo salto di qualità che richiederà impegno, sensibilità e sacrifici e un nuovo modo di pensare, allora le Colonie Libere avranno anche in futuro un ruolo insostituibile.

## IMPRESSUM FORUM

Periodico di politica, lavoro e cultura

[www.forumonline.ch](http://www.forumonline.ch)

Edito della Colonia Libera Italiana, Postfach, 8610 Uster 1

Edizione: 9600

Abbonamento annuale: Minimo Fr. 30.–

PC 80-13431-8 FORUM

Comitato di redazione: Claudio Marseglia, Letizia Fiorenza,  
Valerio Modolo,

Stampa: Ropress Zurigo

# Splendori e miserie

**Leggendo sullo stato di salute finanziaria dell'Assicurazione Invalidità, un dato ha attirato la mia attenzione: Esistono in Svizzera 70.000 persone che usufruiscono di una rendita d'invalidità per problemi psichici; il loro numero si è triplicato nell'ultimo decennio. Se in un passato recente le cause principali d'invalidità erano prevalentemente malattie ed incidenti, adesso sono in forte aumento depressioni, nevrosi, insonnia, panico, etc. La domanda che ci si pone è: Sono queste persone «invalidi di carta» come ha dichiarato, recentemente il tribuno Blocher o malati reali?**

---

Claudio Marseglia

---

Le malattie psichiche non sono più un tabù. In passato parecchie persone afflitte da problemi legati alla psiche si vergognavano di ammetterlo e quindi di farsi curare; oggi c'è una maggiore sensibilizzazione sulla questione. Le malattie psichiche non sono più un tabù e i soggetti colpiti non esitano a rivolgersi a medici e agli psichiatri per farsi curare e quindi i casi che prima erano nascosti, oggi entrano a far parte delle statistiche e ... delle rendite d'invalidità, con sommo dispiacere di Blocher e dei suoi seguaci.

Se si guarda con attenzione si nota d'altronde, che la maggior parte di questi invalidi arrivano dal mondo del lavoro e non da quello della disoccupazione. Sembra un paradosso, ma sono le persone con una occupazione che sono toccate maggiormente da questi problemi; licenziamenti, ristrutturazioni, flessibilità, produttività, etc. sono le parole magiche che hanno scatenato una sindrome d'insicurezza che ha provocato un crollo psicologico in queste persone; anche chi occupava posti di lavoro considerati «sicuri» (vedi gli impiegati presso le banche o la Swissair), hanno dovuto sperimentare quando ormai, sia aleatorio il posto sicuro.

In una società che, negli anni scorsi, ha promesso molto, parecchi lavoratori, resi insicuri dai licenziamenti, dal venir meno degli ammortizzatori sociali, dall'inasprirsi delle condizioni sul posto di lavoro, sono crollati.

Governanti, padroni e sindacati.

Questi dati di fatto dovrebbero, secondo me, far riflettere i nostri governanti, i padroni ed i sin-

dacati; perché se i padroni hanno spinto sull'acceleratore delle riforme per stimolare la produttività, i nostri governanti hanno chiuso entrambi gli occhi e sono stati conniventi sia nel cambiare le regole del gioco che nel permettere l'inasprirsi delle condizioni di lavoro! Il paradosso è che quasi tutto il «lavoro» è stato opera di governi di sinistra. Il culmine lo si è raggiunto in Italia dove le riforme vessatorie verso i lavoratori e l'inalzamento dell'età pensionistica sono state fortemente mitigate dall'intervento

dei partiti di destra, leggi la Lega di Bossi ed Alleanza nazionale dell'ex fascista Fini! In questo contesto si sono fortemente defilati i sindacati, nei momenti che contano, questi si sono limitati a minacciare, tante parole ma fatti pochini; ci sono 18 milioni di disoccupati nella zona EU, milioni di occupati fortemente insoddisfatti del sistema in cui vivono e lavorano ed i sindacati brillano nell'evitare di affrontare i problemi maggiori!

COLONIA  
LIBERA  
ITALIANA  
Bankstrasse 44  
8610 Uster  
Tel. 01/940 99 15

## Informatica a USTER 2003-2004

Spett. soci e connazionali,

Con la presente vi vogliamo informare che la Colonia Libera Italiana di Uster con la fondazione ECAP di Zurigo organizza dei corsi di introduzione all'informatica, o differenti moduli di Word o Excel in lingua Italiana per l'anno 2003-2004.

**PC e Windows** sai di cosa stiamo parlando?

Sono certo che questo tipo di scelta e sacrificio da parte vostra porterà i suoi risultati sul lavoro come anche nella vita privata.

Per ulteriori informazioni riguardanti programma dei corsi e formulari d'iscrizione siamo a vostra completa disposizione.

Conte Italo      Tel. 01 940 51 03  
Valerio Modolo      Tel. 01 940 28 03

Fiduciosi nella vostra collaborazione porgiamo i nostri distinti saluti.

Per la CLI di USTER  
Conte Italo

# FORUM

Periodico di  
politica, lavoro e cultura  
della Colonia Libera  
Italiana

[www.forumonline.ch](http://www.forumonline.ch)

No. 218 Novembre 2003

Votazione cantonale:

## Rapporto tra chiesa e stato

Votazione cantonale:  
Rapporto tra chiesa e stato

A Dio i passaporti non fanno né caldo né freddo  
Il 30 novembre si voterà per una nuova legge che regola il rapporto fra chiesa e stato. Agli oppositori non è gradito il fatto che il nuovo regolamento lascerebbe alla chiesa la facoltà di introdurre il diritto di voto per gli stranieri per quel che concerne i propri affari. Gli oppositori temono che questo nuovo regolamento sia il primo passo verso il diritto di voto per stranieri a livello politico.

Purtroppo (dal nostro punto di vista), ciò non corrisponde alla realtà.

Il cantone di Zurigo è l'ultimo cantone che non lascia alle chiese questa libertà di scelta. Gli altri cantoni l'hanno loro conferita già da tempo, ma non tutti i cantoni ne hanno approfittato per dare ai loro fedeli il bramato diritto. Berna, Lucerna, Uri, Glarus, i Grigioni e il Ticino l'hanno fatto, Schwyz, Solothurn e San Gallo per esempio no.

In alcuni casi questa mancanza raggiunge l'assurdo: Prendiamo per esempio la chiesa greco-ortodossa. Solo i credenti col passaporto rosso possono votare, mentre tutti i greci senza la cittadinanza svizzera, che rappresentano la maggior parte dei membri, non può. Un «sì» alla nuova legge aumenta le probabilità che le chiese pongano fine a questa assurdità.